57. Jahrgang No. 295

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 27. Juni 1909

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig. Das fette Ueberschriftswort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W

Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wiener Strasse 1—6, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 31 und Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestrasse 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorfer Strasse 27, Königstr. 56/57, Rathenower Strasse 3, Potsdamer Strasse 38, Bayreuther Strasse 32, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69, Kixdorf, Berlinerstr. 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 3, Pankow, Bornholmer Str. 1, Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129, Weissensee, König-Chaussee 61b.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Bülows Rückzug.

Die Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler

hat gestern stattgefunden, und Fürst Bülow ist, wie wir schon im letzten Abendblatt meldeten, gestern nachmittag nach Berlin zurückgereist. Ueber das Ergebnis der Konferenz war bis gestern abend hier noch nichts Offizielles bekannt gegeben worden. Dagegen wurden die Kieler Regattaresultate prompt veröffentlicht. Vielleicht will Fürst Bülow dem deutschen Volke die Sonntagsruhe nicht verderben. Es verlautete gestern abend lediglich, man glaube in Kiel, es seien Beschlüsse sehr bestimmter Natur gefaßt worden. Wir meinen, es ist nachgerade Zeit, daß diese mitgeteilt werden, denn das steuerzahlende Volk hat ein Anrecht darauf, endlich zu erfahren, wohin die Fahrt geht. Eine fortgesetzte Heimlichtuerei würde lediglich die Annahme bestätigen, daß die Regierung und der Kanzler weiter vor dem konservativ-klerikalen Block zu Kreuze kriechen. Auf diese löbliche Absicht bereitet der nachstehende offiziöse Erguß in der Wochenschau der „Nordd. Allg. Ztg." schonend vor:

Der Reichstag hat in der verflossenen Woche zwei Entscheidungen gefaßt, die für das Zustandekommen der Finanzreform von folgenschwerer Bedeutung sind und für das Gelingen des Werkes verhängnisvoll werden können: er hat am Dienstag die sogenannte Kotierungssteuer angenommen und am Donnerstag die Erbanfallsteuer abgelehnt, beides in unverhülltem Widerspruch gegen den klar dargelegten Willen und Entschluß der verbündeten Regierungen.

Durch die beiden Beschlüsse hat die Reichstagsmehrheit nicht nur die politische Gruppierung der Parteien auseinandergesprengt, die seit den Wahlen des Januars 1907 bestand und sich für die Führung der Reichsgeschäfte als durchaus erfolgreich und nützlich erwiesen hatte; sie hat durch diese Sprengung nicht nur den damals erzielten Erfolg des geschlossenen Auftretens der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie illusorisch gemacht, sondern sie hat auch das große Werk der Reichsfinanzreform nach langen, schwierigen und mühsamen Verhandlungen kurz vor deren Abschließung überhaupt in Frage gestellt. Die Regierung muß von der neuen Mehrheit den Beweis erwarten, daß sie nach Ablehnung der Erbschaftssteuer Reformvorlagen zu bieten vermag, die mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit vereinbar sind und nicht an die Quellen des Wohlstandes des Landes rühren.

Die Reichstagsmehrheit wird sich dabei keinem Zweifel darüber hingeben dürfen, daß die verbündeten Regierungen niemals Steuern annehmen können und werden, welche insbesondere Industrie und Handel in ihrem Lebensnerv treffen. Die verbündeten Regierungen werden vielmehr jeden einzelnen der Steuervorschläge auf seine sachliche Berechtigung prüfen und werden, falls der Versuch gemacht werden sollte, ihnen durch ein Mantelgesetz oder in anderer Form Steuern aufzuzwingen, die sie für unannehmbar erklärt haben, eher das gesamte Reformwerk ablehnen, als daß sie Vorschlägen ihre Zustimmung geben, die der deutschen Volkswirtschaft dauernden Schaden bringen müssen.

Noch vor wenigen Tagen erklärte Herr Sydow mit dem Brustton der Ueberzeugung im Reichstage, die Ausdehnung der Erbanfallsteuer auf Abkömmlinge und Ehegatten sei ein wesentlicher und unentbehrlicher Teil der Reichsfinanzreform, ohne die eine solche weder zustande kommen wird, noch zustande kommen kann. Und jetzt erwartet dieselbe Regierung, die das verkünden ließ, von denselben Parteien Ersatzvorlagen für die Erbanfallsteuer, die diese Steuer der Regierung totschlugen und den Fürsten Bülow brüskierten! Weiter kann man die politische — nun, sagen wir mit einem milden Ausdruck „Selbstverleugnung" wirklich nicht treiben. Bülow im Büßerhemde vor Heydebrand und Spahn, ein Bild zum Lachen, wenn dieses Schauspiel nicht so unsagbar traurig und beschämend für jeden Deutschen wäre!

Die Konservativen wollen vorläufig mit sich reden lassen. Schon verkündet die parteioffiziöse „Kons. Korr.":

Es wird nunmehr Aufgabe der konservativen Fraktion des Reichstages sein müssen, mit allen Kräften danach zu streben, daß das große nationale Werk so schnell als möglich und in einer Weise zur Vollendung gelange, die das Einverständnis der verbündeten Regierungen zu finden vermag. Sie wird zu diesem Behufe auch vor Opfern eigener Ansichten im einzelnen nicht zurückschrecken dürfen, um dem deutschen Volke endlich die ersehnte Sicherheit für eine feste und dauernde Begründung der finanziellen Erfordernisse des Reiches zu verschaffen.

Schön gesagt! Nur werden die Opfer, die die Konservativen zu bringen entschlossen sind, vom Volke, nicht etwa von den Agrariern getragen werden müssen. Wie weit der agrarische Uebermut aber gegenüber dem immer auch anders könnenden Bülow geht, zeigt die Antwort, die das führende Bündlerblatt auf die Willenserklärung Bülows an die Konservativen bezüglich der Kotierungssteuer, der Mühlenumsatzsteuer und des Kohlenausfuhrzolles erteilt. Mit der ganzen agrarischen Unverfrorenheit erklärt das Bündlerblatt:

Wir glauben kaum, daß diese Mitteilung das letzte Wort der Regierung bedeutet; es wäre auch nicht ratsam, in dem Zeitpunkte sich allzusehr festzulegen, in welchem man doch die Schwelle zur Verständigung betreten muß. Vor allem aber fehlt der Kundgebung jede positive Seite; und die wäre eigentlich die Hauptsache, wenn die Regierung eine Mitteilung macht, die ein großes Vakuum schaffen würde. Man wird also zunächst abwarten müssen, was die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung zu sagen haben!

Mit anderen Worten: Was bietet du uns, wenn wir Gnade üben? Die Agrarier wissen, daß sie sich gegen diesen Kanzler jede Dreistigkeit herausnehmen dürfen.

* * *

Wie es kommen wird.

Ein Mitarbeiter schreibt uns:

Die Herren auf der Rechten sind auch jederzeit bereit, Pardon zu geben. Sie bestehen nicht etwa darauf, daß der verantwortliche Minister geht, denn sie eine Niederlage bereitet haben. Dieser Minister vertrat und vertritt ja kein dem ihrigen fremdes Prinzip. Er ist einmal vom Wege abgewichen und erhält dafür die verdiente Züchtigung. Danach ist alles vergessen, denn unseren Junkern ist es viel lieber, ihren Einfluß durch eine angeblich neutrale Mittelsperson auszuüben, als selbst die Zügel in die Hand zu nehmen und etwa mit dem Zentrum zusammen ein parlamentarisches Ministerium zu übernehmen. Sie halten die Fiktion der über den Parteien stehenden Regierung aufrecht. Nicht zum wesentlichen deshalb, weil das eins der Mittel ist, einen taktischen Zusammenschluß der Linken zum Kampf gegen die Reaktion zu verhindern.

Schlimm ist aber, daß die liberalen Parteien die wirkliche Lage der Dinge nicht durchschauen oder nicht durchschauen wollen. Wären wir ein parlamentarisch regierter Staat, so bildeten die Heydebrand, Spahn, Kröcher, Hertling usw. das Kabinett. Jetzt sitzen am Regierungstische Bülow, ein sicherer Sydow, ein Herr namens Bethmann-Hollweg und einige andere. Sie sind aber nichts als die Beauftragten der Rechten. Würde sich die Linke daran gewöhnen, sie dementsprechend zu behandeln, so erführen unsere inneren Verhältnisse die so dringend notwendige Klärung. Von Bülow die Auflösung verlangen, heißt nur dem Zentrum, von der unparteiischen Regierung neue Nahrung geben. Die Auflösung hätte nur einen Sinn, wenn der neue Reichstag sich einer Regierung gegenübersehen würde, die aus den Parteien einer neuen Mehrheit gebildet die Geschäfte führte.

Trotz dem Gesagten kann es natürlich in den nächsten Wochen noch zu einer Krisis kommen, die sich entweder in dem Rücktritt Bülows oder in der Ausschreibung von Neuwahlen löst. Aus dem einfachen Grunde, weil Bülows Stellung als die eines nur Beauftragten, dem der organische Zusammenhang mit der Mehrheit fehlt, sehr prekär ist. Sollte er sich, um sein stark lädiertes persönliches Renommee zu reparieren, unterfangen, einen eigenen Willen zu haben, so ist er geliefert. Die Gefahr für ihn besteht darin, daß man ihn nicht die ihm passenden indirekten Steuern aufsuchen läßt, sondern ein Mantelgesetz annimmt, das ihn zwingt, entweder alles gutzuheißen oder alles abzulehnen. Selbst vorausgesetzt, daß die Konservativen ihm diesen Schmerz nicht gern antun wollen, vom Zentrum ist bestimmt eine solche Taktik zu erwarten, denn diese Partei will den Mann, dem sie den 13. Dezember nicht vergessen hat, bis aufs äußerste demütigen. Die Frage ist, ob die Konservativen dem Zentrum seine Heeresfolge beim Feldzug gegen die Erbschaftssteuer dann lohnen werden. Wahrscheinlich rechnet der Kanzler damit, daß das nicht der Fall sein wird, und daß die neue Firma über dieser Frage auseinandergeht. Dann wäre ja wieder einmal der schöne Moment gekommen, das Zentrum auszuschalten. Und zwar mit Hilfe der Liberalen, ohne die Bülow nun einmal die Finanzreform nicht machen will.

* * *

Sydow als Sündenbock.

Wie wir erfahren, soll Fürst Bülow entschlossen sein, wenn es nicht anders geht, vorläufig nur die Verbrauchssteuern anzunehmen, dann den Reichstag zu vertagen und die Besitzsteuern erst im Herbst in Angriff zu nehmen. Als erstes Opfer soll jetzt der Reichsschatzsekretär Sydow fallen, der ja in der Tat vollkommen abgewirtschaftet hat. Zu seinem Nachfolger ist Geheimrat Witting, der jetzige Direktor der Nationalbank für Deutschland ausersehen. Dieser wird dann im Herbst mit der Aufgabe betraut werden, eine neue Erbanfallsteuer dem Reichstage vorzulegen und durchzudrücken.

* * *

Die „Galerie".

Fürst Bülow soll erklärt haben, er bleibe, denn er getze nicht nach dem Beifall der Galerie. Wer diese Galerie ist, lehrt eine Aufstellung über die Parteigruppierung bei der Ablehnung der Erbanfallsteuer am 24. Juni. Gegen die Vorlage stimmten Konservative, Bündler, Zentrum, Polen und Elsaß-Lothringer, für die Vorlage Freisinnige, Nationalliberale, Sozialdemokraten, Reichspartei, wirtschaftliche Vereinigung und Reformpartei. Die Zahl der Dissentierenden auf beiden Seiten gleicht sich ungefähr aus. Die „Frankf. Ztg." stellt nun die hinter beiden Gesamtgruppen stehenden Wählermassen nach der Wahlstatistik des Jahres 1907 gegenüber, und da ergibt sich folgendes interessante und lehrreiche Bild:

Konservative	1,060,209 Wähler	Freis. Volksp.	736,006 Wähler
Bund der Landwirte	120,000 „	Freis. Vereinig.	359,320 „
Zentrum	2,179,743 „	Dtsch. Volksp.	138,607 „
Polen	453,858 „	Nationalliberale	1,630,581 „
Elsaß-Lothringer	103,628 „	Sozialdemokr.	3,259,029 „
Bauernbund	75,298 „	Reichspartei	471,863 „
		Wirtschaftliche Vereinigung	104,627 „
		Reformpartei	248,519 „
zusammen	3,992,734 Wähler	zusammen	6,948,552 Wähler

Also nur vier Millionen Wähler stehen hinter den Parteien, die gegen die Erbanfallsteuer stimmten, während die Vertreter von sieben Millionen Wähler dafür stimmten und trotzdem unterlagen. Seit 20 Jahren verlangen die Freisinnigen eine Neueinteilung der Wahlkreise. Hier hat es sich bitter gerächt, daß die Regierung bisher glaubte, an einer Forderung vorübergehen zu dürfen, die bei der Entwickelung des deutschen Volkes eine zwingende Notwendigkeit geworden ist.

Vertagung des Prozesses Eulenburg?

Bei der Auslosung der Geschworenen für den Eulenburg-Prozeß, der, wie bekannt, am 7. Juli seinen Anfang nehmen soll, haben sich infolge der ungünstigen Zeit allerlei Schwierigkeiten eingestellt, so daß es als fraglich bezeichnet wird, ob der Prozeß wirklich verhandelt werden kann. Dem Vernehmen nach sollen fast täglich von den durch das Los als Geschworene bestimmten Herren ärztliche Atteste eingehen, nach denen die Betreffenden dringend einer Kur zur Wiederherstellung ihres Gesundheitszustandes bedürfen und nicht fähig sind, an einer längeren Verhandlung teilzunehmen. In den meisten Fällen ist den Anträgen auf Beurlaubung stattgegeben worden, so daß bis jetzt erst 55 Geschworene ausgelost sind, während eine Anzahl von mindestens 25 bis 30 erforderlich ist, aus denen dann wieder in der Verhandlung das aus zwölf Personen bestehende Geschworenengericht gewählt wird. Ferner sind viele der als Geschworene ausgelosten Herren verreist; die Behörde hat daher mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Verhandlung doch noch zu ermöglichen.

Diese Schwierigkeiten müssen sich durch eine Beschleunigung des bei der Auslosung der Geschworenen üblichen Verfahrens überwinden lassen. Die Gerichtsbehörden haben noch eineinhalb Wochen Zeit. Es wäre traurig, wenn sich in der Millionenbevölkerung Berlins bis zum 7. Juli nicht 25 bis 30 Männer ausfindig machen lassen sollten, die fähig sind, das Amt von Geschworenen im Prozesse Eulenburg auszuüben.

Gegen die Parfümsteuer.

Gegen die Besteuerung von Riech- und Schönheitsmitteln, die von der Finanzkommission des Reichstages angenommen ist, haben die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin eine Petition an den Reichstag und Bundesrat abgesandt. In der ausführlichen Begründung dazu wird gesagt:

Eine Besteuerung kosmetischer und Parfümerieartikel ist technisch undurchführbar; wenn sie aber auch durchgeführt werden könnte, so würde sie unrentabel sein. Sie unterwirft das Gewerbe einer Doppelbesteuerung, schädigt eine große Klasse des gewerblichen Mittelstandes empfindlich und droht eine blühende Industrie zu vernichten. Sie drückt die Kulturstufe, auf der wir uns befinden, auf das Niveau der Zeit von vor 100 Jahren herab. Da die Hauptgefahr darin liegt, daß bei Annahme des Antrages der Finanzkommission die Parfümeriesteuer nur im Zusammenhange mit der Branntweinsteuervorlage behandelt werden kann, so bitten die Aeltesten die Mitglieder des Reichstages schon jetzt, aus volkswirtschaftlichen, kulturellen und handelspolitischen Gesichtspunkten dem Antrage die Genehmigung versagen zu wollen.

Für die Ermäßigung der Zuckersteuer.

Wie aus Braunschweig berichtet wird, trat dort gestern der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates zu einer Sommersitzung zusammen, an der auch der Herzog Johann Albrecht und der braunschweigische Staatsminister Dr. v. Otto teilnahmen. Es wurde über die Hebung des inländischen Zuckerkonsums verhandelt und ein Entschluß angenommen, die vom Reichstag beschlossene Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 Mark möge keinesfalls über den 1. April 1910 hinausgeschoben werden. Keine Gruppe der neu gegründeten Vereinigung zur Hebung der Zuckerindustrie möge sich ausschließen, um in dieser für die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Zuckerindustrie wichtigen Angelegenheit mitzuwirken.

An der Ermäßigung der Zuckersteuer sind nicht nur die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Zuckerindustrie, sondern auch die Zuckerkonsumenten in Deutschland interessiert. Denn der Zucker ist eines der wichtigsten Nahrungsmittel. Es ist bezeichnend für das im deutschen Landwirtschaftsrat organisierte Agrariertum, daß in der gestern in Braunschweig beschlossenen Resolution der Interessen der deutschen Zuckerkonsumenten mit keiner Silbe Erwähnung getan wurde.

Die ungarische Kabinettskrisis

ist noch nicht gelöst. Wie aus Wien berichtet wird, ist der ehemalige Finanzminister Lukacs gestern vom Kaiser in längerer Audienz empfangen worden. Die Audienz diente zur Information des Kaisers über die jüngsten Vorgänge in Ungarn. Der Kaiser hat noch keine Entscheidung getroffen; er ersuchte Lukacs, bis auf weiteres in Wien zu bleiben.